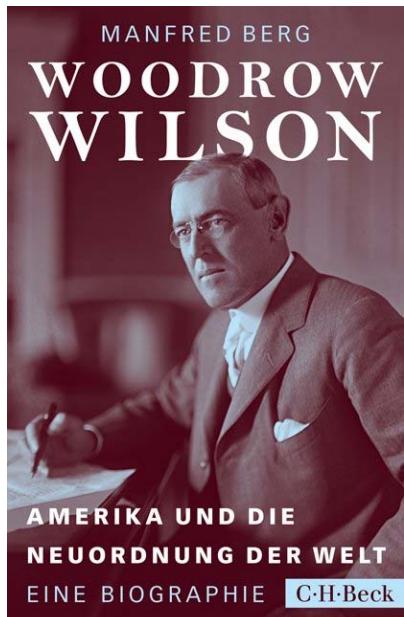


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

Manfred Berg: **Woodrow Wilson – Amerika und die Neuordnung der Welt.**

München: C.H.Beck, 2017, 277 S., ISBN: 978-3-406-70778-0



Viele Amerikaner haben ein Faible für Rankings und so werden alle paar Jahre, auf scheinbar streng wissenschaftlicher Basis und unter Einbeziehung innen- wie außenpolitischer Kategorien, die amerikanischen Präsidenten in eine Rangliste sortiert. An der Spitze stehen in der Regel relativ unangefochten Abraham Lincoln, Franklin D. Roosevelt und George Washington.¹ Unter den Schlusslichtern finden sich vor allem Präsidenten der Antebellum-Periode sowie der Lincoln-Nachfolger Andrew Johnson und der im Amt verstorbene Warren G. Harding, dessen Präsidentschaft besonders skandalumtost war.

Manfred Berg hat nun in der Reihe C.H. Beck Paperback, die für ihre kompakten und für ein breites Publikum gut lesbaren Darstellungen bekannt ist, eine äußerst gelungene Biographie des 1913 vereidigten 28. US-Präsidenten Woodrow Wilson vorgelegt, der in den Rankings zuverlässig unter den Top 10 der besten US-Präsidenten landet. In Deutschland hingegen ist Wilsons Ruf noch immer verhältnismäßig schlecht, was ausgerechnet mit seinem bedeutendsten politischen Ziel zusammenhängt: Der Etablierung einer neuen, die alte Mächtepolitik überwindenden Weltordnung als Konsequenz aus dem Ersten Weltkrieg.

Als innenpolitischer Reformer angetreten, war Wilsons Interesse an der Außenpolitik zunächst nicht sonderlich stark ausgeprägt, auch wenn er schon in seiner Zeit als Hochschullehrer – Wilson war vor seiner politischen Laufbahn Professor für Rechtswissenschaft und Nationalökonomie in Princeton – die neue Bedeutung für die internationale Politik erkannt hatte und 1900 in seinem Buch „Constitutional Government“ schrieb: „Unsere Nation ist in die erste Reihe aufgestiegen, was Macht und Ressourcen betrifft. Die anderen Nationen der Welt schauen misstrauisch auf uns, halb mit Neid, halb mit Furcht, und fragen sich beunruhigt, was wir mit unserer ungeheuren Kraft tun werden.“ (S. 84) Wilson war bereits vor dem Weltkrieg gewillt, das amerikanische Machtpotential zugunsten der Etablierung einer liberalen, demokratischen Weltordnung einzusetzen, doch seine Versuche, den mexikanischen Militärdiktator Victoriano Huerta zu stürzen, führten die USA an den Rand eines Krieges und zum Tod von 19 US-Soldaten. Nur die Vermittlung Brasiliens, Argentiniens und Chiles ermöglichte Wilson unter Wahrung seines Gesichts den Rückzug. Diese Episode ist jedoch schon deshalb von Bedeutung, weil Wilson aus ihr den Schluss zog, außenpolitische Abenteuer lieber zu vermeiden.

Diese Erkenntnis dürfte zur Neutralitätspolitik Wilsons während des Weltkrieges beigetragen haben, auch wenn die Sympathien des Präsidenten, der ein Bewunderer der englischen politischen Kultur war, auf britischer Seite lagen. Dass sich dies auch in der konkreten Ausgestaltung der Neutralität niederschlug, trug letztlich, so Berg überzeugend, zur Unvermeidbarkeit des Kriegseintritts bei, obwohl der Präsident die USA aufrichtig aus dem Krieg heraus-

¹ Eine Zusammenstellung einiger Rankings findet sich auf Wikipedia unter https://en.wikipedia.org/wiki/Historical_rankings_of_presidents_of_the_United_States.

halten wollte. Vielmehr strebte er die Rolle des unparteiischen Vermittlers auf Basis eines Friedens ohne Sieg an – die vielleicht größte Chance auf ein vorzeitiges Kriegsende und eine dauerhafte Friedensordnung. Doch Wilson wurde nicht zuletzt durch eine tölpelhafte deutsche Kriegspolitik gegen seinen Willen in den Ersten Weltkrieg gezwungen.

Wilsons Kriegspolitik blieb jedoch der Tradition seiner Neutralitätspolitik verpflichtet. So identifizierte er sich keineswegs vollumfänglich mit den Zielen der wichtigsten deutschen Kriegsgegner England, Frankreich und Russland, ja verstand sich nicht einmal als deren Alliierter. Stattdessen kämpfte er für eine vor allem dauerhafte Friedensregelung: Er spiele, so entgegnete er einmal einem Kritiker um einen Frieden für „die nächsten hundert Jahre!“ (S. 149) In seiner wohl berühmtesten Rede vor beiden Häusern des Kongresses stellte Wilson im Januar 1918 ein 14-Punkte-Programm für eine zukünftige Friedensregelung vor, zu der die Ablehnung von Geheimdiplomatie, die Freiheit der Meere – dies richtete sich nicht zuletzt auch gegen den englischen Suprematieanspruch zur See –, Freihandel, Rüstungsbeschränkungen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Einrichtung eines Völkerbundes gehörten. Territorial für das Deutsche Reich relevant waren sowohl die Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich als auch die Gründung eines polnischen Staates. Wie Berg betont, war das Programm kein Verhandlungsangebot an die Mittelmächte, sondern setzte deren militärische Niederlage voraus (S. 143).

Dieses Missverständnis begründet wohl zum Teil die langjährige negative Beurteilung Wilsons in der deutschen Öffentlichkeit. Als die Oberste Heeresleitung des Deutschen Reichs Anfang Oktober 1918 die Reichsregierung aufforderte, umgehend um einen Waffenstillstand zu bitten, hoffte die deutsche Reichsleitung auf einen vermittelnden Wilson und auf einen milden Frieden auf Basis der 14 Punkte. Der letztlich dem Reich aufgezwungene Frieden von Versailles, der keineswegs so drakonisch war, wie er bis heute oft empfunden wird, wurde noch bis in die 1950er Jahre von deutscher Seite vor allem Wilson zur Last gelegt. Berg zeichnet ein differenzierteres Bild. Als der Krieg entschieden war, setzte Wilson alles – und das meint in diesem Falle seine Präsidentschaft und seine Gesundheit – daran, seine Friedensvorstellungen durchzusetzen, die vor allem ein System der kollektiven Sicherheit im Rahmen eines Völkerbundes vorsahen. Dabei stieß Wilson auf allerlei Grenzen seiner Gestaltungsmöglichkeiten. Schon die nichtöffentlichen Verhandlungen in Versailles stellten einen Bruch seines Versprechens dar, die Ära der Geheimdiplomatie zu beenden. Vor allem aber waren die übrigen Siegermächte und unter ihnen vor allem Frankreich bemüht, ihren Bevölkerungen einen Frieden zu sichern, der den Opfern der vergangenen viereinhalb Jahre entsprach. Berg schildert Wilson in diesem Kontext als einen Mann, der sich in einer Position „moralischer und politischer Stärke“ wähnte, da Amerika die einzige Nation sei, „die mit dem Frieden keinerlei eigennützige Interessen verfolge“ (S. 157). Adam Tooze beschrieb in seinem hochgelobten Werk über die Neuordnung der Welt in den Jahren 1916-1931² Wilson als einen letztlich triumphierenden Nationalisten, auch wenn ihm die Zustimmung zum Friedensvertrag und zum Beitritt zum Völkerbund vom Kongress versagt blieb. Sein Ziel, die USA als Garanten einer neuen Weltordnung zu etablieren, sei von ihm und seinen Nachfolgern voll auf erreicht worden. Berg zeichnet hingegen einen subjektiv aufrichtigen Präsidenten, der freilich auch in der Lage war, Niederlagen in Erfolge und Meinungsänderungen in Prinzipientreue umzudeuten.

Die Analysen zur Außen-, Kriegs- und Friedenspolitik dominieren Bergs Buch, schon weil sich dieses an einen deutschen Leserkreis richtet, der an Fragen der amerikanischen Innenpolitik wohl geringeres Interesse haben dürfte. Dennoch sind die Ausführungen des Autors auf diesem Gebiet der Lektüre wert. Berg beschreibt Wilson als einen liberalen Reformer, der bereits als Gouverneur von New Jersey den Einfluss der Parteiorgane zurückführte und wichtige Maßnahmen zum Arbeiterschutz, zur Lebensmittelkontrolle sowie zur Kontrolle von Versorgungsunternehmen durchsetzte. Den Staat sah er dabei eher als Schiedsrichter, allzu

² Adam Tooze, Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931, München 2015.

dirigistische Eingriffe lehnte er ab. Als Präsident setzte der Anhänger des Freihandels eine deutliche Senkung der Zölle durch und betrieb die Einrichtung der Zentralbank, die auf einem gemischten System privatwirtschaftlicher Komponenten und staatlicher Organisation beruhte. Von langfristiger Bedeutung war auch sein Kampf gegen die Kartelle, der sowohl das Streikrecht der Gewerkschaften stärkte – Streiks galten bis dahin als „Verschwörungen gegen den freien Handel“ –, als auch Preisdumping und personelle Verflechtungen zwischen konkurrierenden Unternehmen verbot. Berg verschweigt jedoch auch nicht den ausgeprägten Rassismus des Südstaatlors Wilson, unter dessen Regierung die Rassentrennung auf Bundesbehörden ausgedehnt wurde.

Bergs Wilson-Biographie ist eine kompakte, prägnant und gut lesbar formulierte Studie, die sich mit einseitigen Urteilen zurückhält und sich bemüht, dem deutschen Leser ein faires Bild des US-Präsidenten zu zeichnen, der die amerikanische Außenpolitik des 20. Jahrhunderts nachhaltig geprägt hat. Auch wenn sich die USA in den 1920er Jahren wieder stärker aus den internationalen Verpflichtungen zurückzogen, ohne die Verflechtungen wirklich lösen zu können, setzte sich mit dem nächsten demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt die auf Wilson zurückgehende Erkenntnis durch, dass eine Selbstisolation der USA verheerende Konsequenzen haben musste – für sie selbst wie auch für die Welt. Es bleibt zu wünschen, dass die Wahl des Nationalisten Donald J. Trump im November 2016 diese Entwicklung nicht dauerhaft in Frage stellt.

Bonn

Patrick Bormann

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit



recensio.net